

# Zu wenig Geld, das im Klassenzimmer ankommt

**OECD-Vergleich.** Österreichs Bildungssystem ist nach wie vor ineffizient. Und bringt wenige Akademiker hervor.

ALEXANDRA PARRAGH

Österreich räumt der Bildung keine Priorität ein“, heißt es in der am Dienstag präsentierten OECD-Studie „Bildung auf einen Blick 2011“. Und auf den ersten Blick könnte man meinen, dieses Urteil komme einer Ohrfeige für die Regierung gleich. Immerhin deklarierte sie das Jahr 2011 zum „Jahr der Bildung“. Und dazu passt der Befund gar nicht, dass Österreichs Ausgaben für Bildungseinrichtungen im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) mit 5,4 Prozent unter dem OECD-Schnitt von 5,9 Prozent liegen. Mehr noch, sie sind seit 1995 im Vergleich zum BIP sogar stark gesunken – konkret von 6,2 Prozent auf zunächst 5,5 Prozent im Jahr 2000 und 2008 zuletzt auf 5,4 Prozent.

Allerdings relativiert der OECD-Studienverantwortliche Andreas Schleicher diese Zahlen im SN-Gespräch. „So krass, dass Österreich der Bildung keine Priorität einräumt, würde ich es nicht ausdrücken. Aber Österreich fehlt die Priorität in der Effizienz. Es wird vor allem im Bereich der Schulen mehr investiert, als letztlich in den Klassenzimmern ankommt“, sagt er im SN-Gespräch. So erklärt Schleicher auch das Phänomen, dass Österreich bei den gesamten Bildungsausgaben zwar hinterherhinkt, bei den Pro-Kopf-Ausgaben pro Schüler oder Student zugleich im Spitzenfeld liegt.

8704 Euro (11.852 US-Dollar) gibt Österreich pro Person von der Volksschule bis zum Hochschulabschluss aus, um über 2000 Euro mehr als im OECD-Schnitt (6486 Euro oder 8831 Dollar). Ein Teil geht für den vergleichsweise hohen Verdienst der österreichischen Lehrer drauf. Mit einem Jahreshöchstgehalt von 45.087 Euro (61.390 Dollar) für Volksschullehrer und 46.843 Euro (63.781 Dollar) für Lehrer der Sekundarstufe I (Hauptschule und AHS-Unterstufe) verdienen sie deutlich mehr als ihre Kollegen in den meisten OECD-Ländern, unterrichten aber weniger. Für OECD-Experten Schleicher ein Problem, weil trotz hoher Kosten „relativ wenig für die Schüler übrig bleibt“. „Die Lern- und Unterrichtszeit für die Schüler ist zu kurz.“ Die Zahlen belegen: Im Schnitt müssen Schüler anderswo 30 bis 60 Stunden mehr pro Jahr die Schulbank drücken als in Österreich. Nur die heimischen zwölf- bis 14-jährigen Pflichtschüler haben mit 913 Stunden mehr Unterricht als der OECD-Schnitt (873 Stunden).

Ein paar Jahre später findet man viele von ihnen – konkret jeden fünften 15- bis 19-

Jährigen – in Österreich in gar keiner Ausbildung mehr, auch nicht in einer Lehre. Seit 2007 stagniert die Bildungsbeteiligung in dieser Altersgruppe bei rund 79 Prozent. Zum Vergleich: In Belgien, Irland, Polen und Slowenien liegt diese Bildungsbeteiligung bei 90 Prozent. Schleicher weiß, dass „ein hoher Teil an österreichischen Jugendlichen bereits früh ins Arbeitsleben einsteigt“. Allerdings: „Wir reden heute über lebensbegleitendes Lernen und das hört sicher nicht im Alter von 15 oder 16 auf.“

„Die Lern- und Unterrichtszeit für Schüler ist zu kurz.“

**Andreas Schleicher,**  
 OECD-Experte



Bild: SNA/PA

Das lebensbegleitende Lernen ende ebenso wenig an der Universität, der nächsten Bildungsbaustelle in Österreich. Zwar bestätigt OECD-Experte Schleicher, dass die heutige Akademikerquote mit 19 Prozent unter

den 25- bis 64-Jährigen doppelt so hoch ist wie vor zehn Jahren. „Nur hat die Verdoppelung überall auf der Welt stattgefunden. Insofern steht Österreich relativ gesehen nicht besser da als vor zehn Jahren“, erklärt er. Österreich habe also Aufholbedarf, um langfristig nicht weiter zurückzufallen.

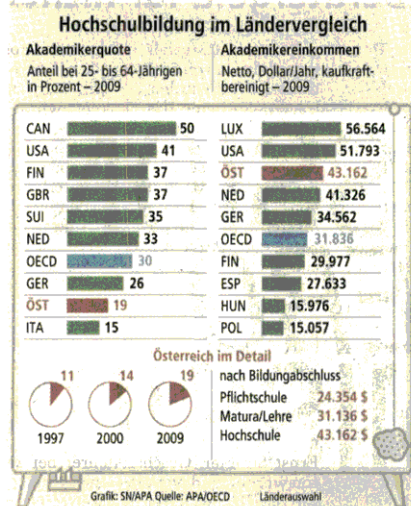
## Auch der Steuerzahler profitiert

Aber braucht wirklich jeder Krankenpfleger, jede Tischlermeisterin einen Hochschulabschluss, wie das etwa in England der Fall ist? Schleicher bejaht. „Wir sehen, dass sich eine gute Ausbildung für den Einzelnen und für die gesamte Volkswirtschaft rechnet. Der Steuerzahler profitiert mehr von hoher Bildung, als er dafür ausgibt“, sagt er.

Diese Nachricht freut die beiden zuständigen Bildungsminister, Unterrichtsministerin Claudia Schmied (SPÖ) und Wissenschaftsminister Karlheinz Töchterle (ÖVP), bestimmt. Beide sahen sich durch die Ergebnisse der „Bildung auf einen Blick“-Studie am Dienstag bestätigt. Schmied ortete Rückenwind für ihre Bildungsreform, insbesondere was die Senkung der Klassenschülerhöchstzahl betrifft. Töchterle wiederum bekräftigte seine Forderung nach einem Hochschulplan und nach „verbesserten Rahmenbedingungen in Form von Zugangsregeln und Studiengebühren“ an den Universitäten, um die Akademikerquote zu erhöhen.



Gute Bildung macht sich auch für den Staat bezahlt. Bild: SN



## Bildungsvolksbegehren

### Noch 50 Tage bis Unterschriften-Start

Genau 50 Tage sind es noch, bis das Bildungsvolksbegehren eine Woche lang, vom 3. bis zum 10. November, unterschrieben werden kann. Grund genug für die Initiatoren, den Industriellen Hannes Androsch und Bildungsexperten Bernd Schilcher, heute, Mittwoch, den Startschuss nach dem Sommer abzugeben. Einen Tag nach Veröffentlichung des OECD-Bildungsvergleichs „Bildung auf einen Blick“ richten Androsch und Schilcher dazu konkrete Forderungen an die Politik – etwa die nach einem gerechteren Bildungssystem, in dem soziale Herkunft keine Rolle spielt. **Internet: [www.vbbi.at](http://www.vbbi.at)**